

Aufruf

zum 9. Potsdamer Ostermarsch am 27.03.2010

Für eine atomwaffenfreie Welt ohne Krieg – gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Atomwaffen abschaffen!

Die Ostermarschbewegung begann vor 50 Jahren als Bewegung gegen die Atomwaffen. Es ist höchste Zeit, diese Forderung wieder mit Nachdruck zu erheben. Nach wie vor verfügen die alten Atommächte über genügend Waffen, um das Leben auf unserer Erde mehrfach auszulöschen, neue sind hinzugekommen. In diesem Jahr findet in New York die 7. Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages statt. Gemeinsam mit der weltweiten Friedensbewegung fordern wir:

Setzt endlich den Atomwaffensperrvertrag um! Atomwaffen abschaffen! Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland!

Bundeswehr raus aus Afghanistan!

In Afghanistan führen USA und NATO mit deutscher Beteiligung schon im neunten Jahr Krieg – mit verheerenden Folgen: Gewalt und das Leid der Bevölkerung nehmen zu, die Zahl der Opfer steigt immer schneller, die Wirtschaft liegt am Boden, Korruption und Drogenwirtschaft blühen. Trotzdem wird unter Führung der USA der Krieg intensiviert und auf Pakistan ausgedehnt. Die Mehrzahl unserer kürzlich gewählten Bundestagsabgeordneten macht schöne Worte über den Vorrang des zivilen Aufbaus, stimmt dann aber doch für ein bisschen mehr Krieg, obwohl sich die Mehrheit der Bevölkerung dagegen ausspricht.

Wir fordern den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, Verhandlungen mit allen Konfliktparteien und sinnvolle Aufbauhilfe für das Land.

Abrüstung statt Sozialabbau!

Die Bundesregierung will die Bundeswehr für weltweite Kriegseinsätze weiter aufrüsten und Deutschland nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch zur europäischen Führungsmacht aufbauen. Kriegseinsätze der Bundeswehr sollen zur Normalität werden. Für Militäreinsätze und Rüstung werden so immer mehr Milliarden ausgegeben, während sie für die notwendigen sozialen Aufgaben fehlen und die soziale Spaltung unserer Gesellschaft immer weiter voranschreitet. Rund 7,6 Millionen Menschen in Deutschland konnten zum Ende des vergangenen Jahres ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten. Damit war jeder Elfte auf finanzielle Hilfe des Staates angewiesen. Bereits 1,3 Millionen Beschäftigte sind davon abhängig, dass ihr Einkommen durch Hartz-IV aufgestockt wird. **Zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung fordern wir existenzsichernde Arbeitsplätze, einen gesetzlichen Mindestlohn und die Abschaffung der Hartz-IV-Gesetze.**

Militär und Aufrüstung werden mit unseren Steuergeldern finanziert. Damit könnten viel besser sinnvolle Projekte für Kinder, Kranke und ältere Menschen finanziert und dort Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. Militärische Großprojekte wie die Zulieferung zum Militärtransporter A 400 M in Ludwigsfelde und in Dahlewitz werden als Hilfe in strukturschwachen Gebieten hochgelobt. Aber besonders unsere Geschichte zeigt: Militarisation führte nie aus der Krise, sondern in neue Kriege. Deshalb fordern wir:

**Abrüstung statt Bundeswehreinmärsche in aller Welt.
Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte stoppen!
Keine Rüstungsproduktion im Land Brandenburg!
Nein zur ILA als internationalem Militärspektakel.
Keine Bundeswehrpropaganda an Brandenburgs Schulen!**

2010, das 50. Jahr der Ostermarschbewegung fällt zusammen mit dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung der Armut und sozialer Ausgrenzung. Wir sehen einen Zusammenhang zwischen Kriegs- und Rüstungspolitik, Sozialabbau und auch in Deutschland zunehmender Armut und Abbau demokratischer Rechte bis hin zum Überwachungsstaat. Deshalb verbinden wir unseren Kampf für eine atomwaffenfreie Welt ohne Kriege mit dem Kampf der sozialen Bewegung in Brandenburg gegen Armut und soziale Ausgrenzung, gegen die jüngste Kriegserklärung des FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle an Langzeitarbeitslose und Hartz-IV-Empfänger.



9. Potsdamer Ostermarsch

**Für eine atomwaffenfreie Welt ohne Krieg –
gegen Armut und soziale Ausgrenzung**

am 27.03.2010 in Potsdam

**Auftaktkundgebung: 14.00 Uhr
Brandenburger Straße,
Platz vor dem Brandenburger Tor**

gemeinsam mit der



Sozialen Bewegung Land Brandenburg